

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 9. Dezember 2021 / Jeudi matin, 9 décembre 2021

2. Priorität – Staatskanzlei / 2^e priorité – Chancellerie d'Etat

65 2021.RRGR.99 Motion 074-2021 Streit-Stettler (Bern, EVP)
Förderung der Meinungsbildung zur kantonalen Politik in den Medien

65 2021.RRGR.99 Motion 074-2021 Streit-Stettler (Bern, PEV)
Encouragement de la formation de l'opinion sur la politique cantonale dans les médias

Le président. Nous passons à présent à l'affaire du point numéro 65 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une motion. Le débat est libre. Le gouvernement propose la transformation en postulat, la motionnaire est d'accord de transformer son intervention en postulat. Est-ce que le postulat est contesté ? – Il est contesté. Je laisse la parole à Mme la députée Streit-Stettler.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Motionärin. Ja, ich habe mir erhofft, dass das Postulat nicht bestritten ist und dass wir hier etwas Zeit sparen können. Aber selbstverständlich habe ich mich auf jeden Fall vorbereitet, falls dies nicht der Fall wäre, und deshalb spreche ich jetzt halt ein bisschen länger.

Wir haben es in dieser Session wieder einmal festgestellt: Die Zeitungslandschaft vor allem hier in der Agglomeration von Bern wurde in diesem Herbst noch öder. Ein grosser Teil der Inhalte ist gleichgeschaltet. Die einen Zeitungen haben zwischen den Artikeln einfach rote, die anderen blaue Balken. Aber ich möchte heute nicht über diese Situation lamentieren, weil wir hier im Parlament gar nicht das Instrument dazu haben, sie zu ändern.

Was mir aber Sorgen bereitet, ist, dass unsere Demokratie Schaden nehmen kann, wenn die Medienlandschaft immer mehr ausgedünnt wird. Hier müssen wir in der Politik ansetzen. Dass es um die Berichterstattung über die kantonale Politik schon lange nicht gutsteht, wurde uns während dieser Session besonders krass vor Augen geführt. Wir haben hier in diesem Saal lange und differenzierte Debatten geführt, und kaum etwas davon wurde abgebildet – ausser im «Journal du Jura». Das ist vielleicht der Grund dafür, warum dieses Postulat hier jetzt bestritten wurde. Dort läuft es anders. Ich habe gestern z. B. einen sehr interessanten, differenzierten Artikel über unsere Budgetdebatte gelesen, die sonst ja kaum abgehandelt wurde. Ich möchte deshalb dem Regierungsrat sehr danken, dass er das Anliegen unserer Motion so positiv aufgenommen hat. Auch er hat erkannt, dass mit einer schwachen Berichterstattung in den Medien eine Meinungsbildung zu den kantonalen Themen gar nicht mehr passiert. Eine Meinungsbildung kann nur passieren, wenn ein Thema in den Medien kontrovers abgebildet wird. Es nützt nichts, wenn einfach eine Medienmitteilung des Regierungsrates abgedruckt wird. Es geht nicht einfach um Information, sondern es geht um eine Auseinandersetzung.

Wir alle wissen als Insider, dass kantonale Themen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kanton sehr wohl grosse Auswirkungen haben und bedeutsam sind, z. B. im Bereich Gesundheit, im Bereich Bildung oder im Bereich Landwirtschaft. Heute ist es nicht mehr eine Frage der Berichterstattung in den Medien, ob ein Thema bedeutsam ist oder nicht. Die Medien ticken heute bekanntlich anders. Wenn wir die kantonale Politik und die Demokratie auch auf kantonaler Ebene stärken wollen, brauchen wir neue Ansätze. Mit unserem Vorstoss bringen wir einen Vorschlag ein, wie wir die Berichterstattung stärken und die Meinungsbildung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kanton verbessern können. Ich danke Ihnen, wenn Sie diesem Postulat zustimmen – ich bin wirklich einverstanden mit dem Postulat, weil man sicher noch weiterdenken muss, wie man das dann konkret machen will.

Edith Siegenthaler, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss. Die Medienkonzentration im Kanton Bern ist beunruhigend. In der Stadt Bern gibt es seit diesem Herbst nur noch pro forma zwei verschiedene Tageszeitungen. De facto haben sie inzwischen genau den gleichen Inhalt, und fast alle Zeitungen im Kanton Bern gehören ausserdem inzwischen dem gleichen Verlag. Das sieht man, wenn man unten die Zeitungen anschaut – alle haben genau die gleichen Titel. Das schaltet die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Zeitungen aus und führt dazu, dass das Interesse sinkt, über die politischen Vorgänge im Kanton Bern zu berichten.

Wir finden das eine sehr bedenkliche Entwicklung für unsere Demokratie und für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Kanton. Wir wollen eine vielfältige Medienberichterstattung, welche die Bevölkerung über die wichtigsten Entwicklungen im Kanton fundiert informiert. Das ist unumgänglich, damit die Bevölkerung nicht nur gut informiert an den Wahlen und Abstimmungen teilnehmen kann. Nein, es ist laut den neuesten Studien auch die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger überhaupt an die Urne schreiten. Wir finden es darum sinnvoll, dass der Kanton eine Stiftung für Medienförderung schafft und damit die Medienvielfalt im Kanton Bern stützt. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird darum dem Postulat zustimmen und dankt Ihnen für Ihre Unterstützung.

Casimir von Arx, Schliern b. Köniz (glp), Fraktionssprecher. Wie sieht die ideale Finanzierung eines Medienprodukts aus – z. B. einer Zeitung? Wahrscheinlich etwa so: Sie wird von möglichst vielen Personen und Organisationen finanziert – sei es durch den Kauf eines Abonnements, der einzelnen Ausgaben, einzelner Artikel oder von Inseratflächen, wobei niemand alleine die ganze Summe zahlt, was die inhaltliche Unabhängigkeit der Zeitung in Frage stellen kann. Damit das funktioniert, braucht es zahlreiche Leserinnen und Inseratkunden.

Was machen wir, wenn die ideale Finanzierung nicht erreichbar ist oder nicht reicht? Ja, dann müssen offenbar Personen oder Organisationen grössere Beiträge bezahlen, und das führt unweigerlich zur Frage der Unabhängigkeit. Ist diese so gewährt? Das wiederum führt zur Diskussion, dass wir besondere Vorkehrungen brauchen, um die Unabhängigkeit zu schützen.

Jetzt ist es halt so, dass die ideale Medienfinanzierung immer schwieriger zu erreichen ist. Der Inseratemarkt wird kleiner – respektive gibt es ein paar grosse Tech-Konzerne, die einen grossen Teil der Inserateneinnahmen kassieren. Die Zahl der verkauften Abonnemente sinkt, und auch mit Effizienzsteigerung kommt man halt irgendwann an seine Grenzen. Wenn wir jetzt an der idealen Medienfinanzierung festhalten, hat dies einen Preis: Weitere Medientitel werden fusioniert, reduziert oder verschwinden. Die Medienlandschaft kann in der Folge ihre Funktion als vierte Staatsgewalt nicht mehr so gut wahrnehmen. Diese Gefahr besteht vor allem bei der lokalen und regionalen Berichterstattung, was uns hier in diesem Saal besonders interessieren sollte. Wollen wir das? Oder wollen wir uns stattdessen um eine Lösung bemühen, die den Staat als einen von mehreren Geldgebern einschliesst und die versucht, das Ganze so auszugestalten, dass die Unabhängigkeit der Medien nicht tangiert wird?

Die Grünliberalen befürworten die Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine kantonale Förderung von journalistischen Leistungen im Dienst der demokratischen Meinungsbildung. Wir diskutieren das dann ausführlich im März, wenn das Informationsgesetz in den Rat kommt. Heute geht es vorerst nur um die Frage, ob eine staatliche Finanzierung via eine Stiftung Teil einer Lösung sein könnte. Die glp-Fraktion findet das ein prüfenswerter Ansatz und unterstützt darum das Postulat. Eine Stiftung, die staatliche Gelder an Medien verteilt, um journalistische Leistungen zu unterstützen, ist ja eine Form der indirekten Medienförderung und diese Indirektheit ist eben eine solche Vorkehrung, um die Unabhängigkeit der unterstützten Medien vom Staat zu verbessern.

Wenn ich gerade noch eine Minute habe, wage ich noch einen Vergleich – im Wissen, dass jeder Vergleich irgendwo hinkt. Wir haben uns ja vorher gerade über die Parteienfinanzierung unterhalten. Im Grunde ist ja die Ausgangslage sehr ähnlich. Auch die Parteien erfüllen eine Funktion im demokratischen System. Auch die ideale Parteienfinanzierung sieht etwa so aus: Die Partei erhält die Spenden und Beiträge von möglichst vielen Personen oder Organisationen – wobei niemand alleine eine Summe bezahlt, von der die Partei abhängig werden könnte. Damit das funktioniert, braucht die Partei möglichst viele Mitglieder und Spender und Spenderinnen. Die tatsächliche Par-

teienfinanzierung weicht von diesem Ideal ab. Die Kantonalparteien, die hier im Grossen Rat vertreten sind, erheben bspw. Mandatsabgaben in vierstelliger Höhe. Gewisse erhalten vielleicht grössere Spenden *und* alle erhalten fünf bis sechstellige Beiträge vom Staat, nämlich für die Fraktionen. Beeinträchtigt dies die Unabhängigkeit der Parteien? Ich habe diese Befürchtung noch nie gehört. Wir haben hier also irgendwie einen Weg gefunden, die eine Teilfinanzierung durch den Staat beinhaltet. Ich glaube, das können wir auch mit den Medien schaffen, im Wissen, dass es da zugegebenermassen mit der Wahrung der Unabhängigkeit und mit den Mechanismen etwas komplexer wird als bei den Fraktionsbeiträgen. Aber ich glaube, das ist der Weg, den man gehen kann.

Roland Benoit, Corgémont (UDC), porte-parole de groupe. Pourquoi le groupe UDC refuse le postulat ? Je ne sais pas, Mesdames et Messieurs, si vous avez bien lu ce qui est demandé : on demande de créer et faire se déployer une fondation, c'est-à-dire, eine Stiftung, qui aura pour mission spécifique de soutenir l'information continue et indépendante sur les questions de politique cantonale dans les médias locaux et régionaux. Nous estimons, nous, à l'UDC, que le canton fait déjà beaucoup actuellement, qu'il fait son travail correctement et qu'il n'y a pas lieu de créer une fondation pour dépenser encore davantage d'argent.

Les mesures prises par le gouvernement suffisent amplement, de plus elles sont soutenues, ici, par la Chancellerie. C'est pour ces raisons, pour faire court, comme vous nous l'avez demandé, Monsieur le Président : je vous invite, Mesdames et Messieurs, à refuser ce postulat.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (Le Centre), porte-parole de groupe. Mes déclarations d'intérêt : je suis journaliste et collabore notamment à un journal qui pourrait être intéressé par la création d'une telle fondation. Je ne pense pas un instant qu'une telle aide venant du canton risquerait de remettre en question l'indépendance des journalistes. Ce qui menace notre profession, ce sont les réseaux soi-disant sociaux qui n'ont aucune déontologie et passent leurs journées à diffuser des carabistouilles, des calembredaines, des fadaises, des fariboles et des sonnettes, autrement dit : des *fake news*, des conneries. En plus, la plupart de ces réseaux soi-disant sociaux sont alimentés par des personnes qui n'ont aucune formation et ne méritent donc pas le titre de journaliste. En ces temps de pandémie, ils se répandent presque aussi vite que ce satané virus. Et leurs mutations sont encore bien plus dangereuses.

En ce sens, le groupe du Centre accueille plutôt favorablement cette proposition, mais cette intervention parlementaire soulève beaucoup de questions : pourquoi limiter l'accès à cette fondation aux médias qui font de la politique cantonale leur priorité ? Dans les médias, d'autres rubriques jouent un rôle important pour la cohésion régionale et cantonale, aussi bien la culture que le sport, la vie économique associative ou économique. Autre question : les médias régionaux gratuits qui traitent aussi de politique cantonale, seront-ils concernés ou exclus par ce système ? Je vous rappelle au passage que le Grand Conseil avait approuvé, il y a un peu plus d'un an, mon postulat qui veut ouvrir la voie à une aide publique pour certains de ces journaux gratuits régionaux. Enfin, dans un peu plus de deux mois, nous allons nous prononcer sur le plan suisse sur un projet bien plus vaste d'aide à la presse. Le résultat du scrutin aura forcément de l'importance. Pour toutes ces raisons, le groupe du Centre pense à l'unanimité que toutes ces questions doivent être approfondies. Il soutiendra donc le postulat, merci.

Le président. Ich werde die Anmeldungsliste nach Beat Kohlers Votum schliessen. Pour le groupe des Verts, M. le député Beat Kohler.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Fraktionssprecher. Ich müsste eigentlich meine Interessenbindung nicht mehr bekanntgeben, weil sie nicht mehr besteht, aber ich habe 20 Jahre lang für verschiedene regionale Print- und Online-Erzeugnisse geschrieben – ich war journalistisch tätig. Es ist natürlich nicht zu vermeiden, dass diejenigen, die in diesem Bereich tätig waren, sich hierzu äussern.

Ich habe in dieser Zeit festgestellt, was wir alle feststellen: Die Finanzierung für solche Erzeugnisse wurde immer schwieriger, und es wurde immer schwieriger, dies wirtschaftlich tragbar zu machen.

Hauptgrund dafür sind die aufkommenden sozialen Medien. Wir haben es schon gehört: Viele von diesen Werbebudgets wandern ab zu Google und Facebook und entziehen sich unserer Kontrolle. Sie wandern ab zu Konzernen, die nichts dazu beitragen, dass wir in unserem Kanton einen Diskurs über die politischen Themen haben. Darauf werden wir direkt wohl keinen Einfluss gewinnen können. Wir werden nicht dafür sorgen können, dass z. B. Facebook die Verantwortung für seine Inhalte übernehmen muss. Es würde sich ganz schnell ganz viel ändern, wenn Facebook nicht einfach eine Plattform zur Verfügung stellen könnte, sondern auch verantworten müsste, was auf dieser Plattform steht – so wie das Zeitungen tun müssen! Die Zeitungen müssen das.

Damit wir weiterhin unseren Auftrag wahrnehmen können – oder meine Kollegen, die das jetzt weitermachen bei diesem Erzeugnis, für das ich gearbeitet habe –, braucht es eine Finanzierung, die das ermöglicht. Rein über Werbung ist das heutzutage sehr schwierig. Ein Punkt ist eben wie gesagt, dass ein grosser Teil des Budgets zu internationalen Konzernen abwandert, die nichts beitragen. Ein anderer Punkt ist, dass die Werbebudgets insgesamt kleiner werden. Und denjenigen, die dann das Gefühl haben, es gebe keine Einflussnahme, wenn die Wirtschaft über Inserate solche Produkte stützt, möchte ich *ganz* deutlich widersprechen. Ich kenne sehr konkret und sehr direkt sehr massive Einflussnahme von Leuten, die Inserate geschaltet haben. Sie haben versucht, über Inserateboykott, oder subtiler über Informationsboykott, Einfluss auf die Berichterstattung in den Zeitschriften zu nehmen. Dass man also das Gefühl hat, es sei so wahnsinnig unabhängig, wenn man keine andere Finanzierung hat – das ist einfach falsch!

Ein staatliches System, das über eine Stiftung die Finanzierung unterstützt, scheint mir ein guter Weg. Und gerade wir hier in diesem Saal müssten *grösstes* Interesse daran haben, dass auch die Finanzierung zustande kommt, denn es sind unsere Themen – unsere Themen! –, über die nicht mehr berichtet wird. Um die nationalen Themen muss man sich nicht sorgen. Die sind gut abgedeckt. Lokale haben eher noch eine Chance, auf Gemeindeebene gut abgedeckt zu sein. Aber über unsere Themen hier, die dazwischenliegen, findet kein Diskurs mehr statt. Deshalb müssen wir hier Gegensteuer geben und helfen, dass die Erzeugnisse, die sich um das kümmern, was wir hier in diesem Saal sagen, unterstützt werden – das sind nicht mehr viele im Kanton Bern. Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen.

Jean-Luc Niederhauser, Court (PLR), porte-parole de groupe. Les difficultés que rencontrent les médias et plus particulièrement la presse écrite sont une réalité mise en lumière à de maintes reprises. Il est primordial que le territoire cantonal soit couvert par des médias de sensibilité différente. Les fusions et absorptions, consécutives à des difficultés financières, conduisent à une globalisation de l'information et risquent à terme d'édulcorer le débat politique et de ne plus correspondre à la pluralité du canton de Berne.

Le subventionnement d'entreprises privées, même indirect, ne correspond pas véritablement à une vision libérale. Cependant, au vu du rôle que jouent les médias pour notre canton, le groupe PLR soutiendra ce postulat.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Einzelsprecher. Ich kenne die Medienwelt sehr gut. Ich kenne namentlich auch das grösste Schweizer Medienhaus Tamedia aus eigener Anschauung von innen wirklich hervorragend, und ich habe diesen Niedergang auch hier gerade am Platz Bern hautnah miterlebt. Am Dammweg – früher war noch die grosse Hallwag gegenüber, ebenfalls ein grosser Verlag, den es nicht mehr gibt, auf dieser Seite die Espace-Media, die dann von der Tamedia übernommen wurde –, dort waren früher mehrere Häuserblocks voll mit Telefonmarketing oder IT. Tele Bern ist heute ausgelagert und gehört den AZ Medien, ist aber noch dort. Aber ansonsten ist das massiv geschrumpft. Die Redaktionen sind geschrumpft, der Newsdesk, den man mit Gebräuse vor 7 oder 8 Uhr einrichtete, wurde quasi abgeschafft, als man es einführte.

Gleichzeitig hat die Tamedia ihren Aktienkurs massiv gesteigert und hat jährlich eine ungefähre Bruttorendite von 4 Prozent. Man kann also nicht sagen, dass die Verlage einfach in einem schlechten ökonomischen Zustand seien. Man kann aber sagen, dass niemand mehr eine Tageszeitung abonnieren will. Tatsache ist, dass quasi niemand unter 40 mehr ein Zeitungsabonnement hat, und über 40 sind es auch sehr wenig Leute. Es gab unzählige Übungen – das habe ich alles auch er-

lebt: Rettet-den-«Bund»-Aktionen; da haben tausende von Leuten unterschrieben. Hätten diese alle den «Bund» abonniert, gäbe es ihn längstens noch. Aber es fehlt eben der Markt.

Von den Grünliberalen habe ich inzwischen gelernt, dass sie – wenn es um grüne Themen geht – im Zweifelsfall grün sind und nicht liberal. Aber dass sie bei einem solchen Thema nicht liberal sind... – jetzt komme ich zum Wesentlichen: Was wir hier machen, bringt gar nichts. Tamedia, der Platzhirsch, wird dieses Geld schon nehmen. Aber sie werden einfach noch mehr Geld absaugen und die Dividenden vielleicht noch mehr erhöhen. Wir werden Verzerrungen haben in diesem System. Wir werden auch die Problematik haben, wer diese Stiftung führen soll. Wer entscheidet? Was sind die Kriterien? Auf Bundesebene gibt es auch Bestrebungen; dort will man es vor allem für die abonnierten Zeitungen. Das ist ebenfalls ein falscher Ansatz. Ich erinnere an die Wochenzeitung des Emmentals, die eine hervorragende Gratiszeitung ist. Also, das ist dann ein bisschen «tricky».

Es gibt genau einen Weg, um dieses Problem zu lösen: Abonnieren Sie Zeitungen! Heute haben wir viele Dinge digital – zahlen Sie dort, und konsumieren Sie nicht einfach nur gratis. Das ist der einzige Weg. Dann kann ich Ihnen sagen, dass es auch wieder in einer neuen Form und auf eine neue Art eine Berichterstattung geben wird. Aber die Illusion, dass man mit einer Stiftung die Marktgesetze aushebeln und so eine Verbesserung herbeiführen kann, ist wirklich falsch. Deshalb bitte ich Sie wirklich, auch im Sinne eines freiheitlichen Staates: Versuchen wir nicht, Wasser zu stauen, das man nicht aufhalten kann. Ändern Sie Ihr Verhalten und stimmen Sie dem wirklich nicht zu. Ich ahne Übles, wenn wir das annehmen. Das wird nur Diskussionen und Probleme geben – deshalb lehnen Sie das bitte ab.

Markus Aebi, Hellsau (SVP), Einzelsprecher. Medien sind ein Geschäft. Ich kann Ihnen sagen ... – Wir stehen im Vorfeld der Abstimmung am 13. Februar 2022 über das Medienförderungsgesetz. Wir stimmen dort über dreistellige Millionenbeiträge für die Medienförderung ab. Ich habe gesagt: Medien sind ein Geschäft. Und Medien sind tatsächlich ein Geschäft. Wenn Sie sich die Aktienkurse der TX Group, zu der die Tageszeitungen im Kanton Bern gehören, ansehen – der Kurs stieg in diesem Jahr von 70 Franken auf 180 Franken. Wenn ich mir ansehe, wie das funktioniert im Mediengeschäft, sehe ich: Die Medien sind dem Leser verpflichtet. Die Medien messen heute, was gelesen wird und was interessant ist. In der Redaktion läuft dazu ein Ticker. Sie wissen genau, was gefragt ist. Die Medien schreiben das, was die Leute lesen wollen. Möglicherweise ist das, was wir hier in diesem Saal bieten können, zu wenig attraktiv, um danach zu fragen. Wenn Sie das finanziell unterstützen wollen, ist das höchst problematisch. Sie greifen in die Medienfreiheit ein. Dagegen habe ich gewisse Vorbehalte. Wem wollen Sie das Geld geben? Wer schreibt darüber? Ist die Berichterstattung dann ausgewogen? Wird denn auch recherchiert – was wir ja eigentlich erwarten? Das ist also sehr, sehr schwierig anzugehen. Wenn Sie diesen Presserat zusammenstellen müssen, den der Kanton für diese Gelder allfällig verpflichten will, gibt das doch riesige Diskussionen.

Und wenn Sie zurück in die Zeit der «Prawda», dann denke ich, dass das wahrscheinlich auch nicht der richtige Weg ist. Diese Diskussionen muss man also zuerst noch führen. Ich habe grosse Zweifel, dass wir dann zu einer Lösung kommen, die wirklich eine echte Verbesserung darstellt. Das mit den Medien ist vorbei. Das hat von Graffenried geregelt, als er die Zeitungen nach Zürich verkaufte. Ich habe also grosse Zweifel, ob wir hier – trotz den gut gemeinten Ansätzen – wirklich auf einen Punkt kommen, von dem man sagen kann: «Das ist jetzt wirklich eine wesentliche Verbesserung!»

Kurt Zimmermann, Frutigen (SVP), Einzelsprecher. Beim Thema Medienvielfalt im Kanton Bern habe ich eine etwas differenziertere Meinung als meine Fraktion. Man kann vielleicht auch sagen, dass ich diesbezüglich ein Exot bin. Die Medienlandschaft und die Medienvielfalt im Kanton Bern hat sich in den letzten Jahren merklich verändert. Das wissen wir. Die Bezahlmedien verlieren an Inseraten und Auflage. Die Berner Medienwelt verarmt. Das Berner Modell existiert nicht mehr. Der «Bund» und die «Berner Zeitung» sind zwar weiterhin unterschiedlich verpackt, die Inhalte werden aber von der gleichen Redaktion produziert, und zwar gesteuert von Zürich. Mit der redaktionellen Zusammenlegung der zwei grossen von Zürich gesteuerten Tageszeitungen «Der Bund» und «Berner Zeitung» sehen wir einen weiteren Abbauschritt und eine Ausdünnung unserer lokalen und kantonalen Berichterstattung. Schon seit vielen Jahren müssen wir feststellen, dass die lokalen Medien

und die kleinen Zeitungsverlage nötig sind, damit die Demokratie auch lokal und regional funktioniert und sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu Wahlen und Abstimmungen eine eigene Meinung bilden können. Die Vergangenheit zeigt auch: Je magerer die lokale Berichterstattung in der Form einer gedruckten Ausgabe über eine Gemeinde ist, desto geringer ist dort die Wahlbeteiligung. Deshalb bin ich der Auffassung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um sich über eine Stiftung für die Meinungsbildung zur kantonalen Politik Gedanken zu machen.

Die Frage ist einfach: Wie wird das Geld verteilt und welche Bedingungen sind daran geknüpft? Auch muss die Frage gestellt werden, weshalb Gratiszeitungen mit einer eigenen Redaktion keine Gelder erhalten sollen, und wieso die grössten Medienhäuser Anrecht auf Geld haben sollen, wenn sie den Service in den letzten Jahren abgebaut und verschlechtert haben sowie die Online-Berichterstattungen gratis anbieten, um kleine Verlage möglichst zu konkurrenzieren und auszuschalten.

Obwohl dieses Postulat keinen direkten Zusammenhang mit dem eidgenössischen Mediengesetz hat, das im nächsten Jahr zur Abstimmung kommt, möchte ich hier erwähnen, dass die drei grössten Medienhäuser eigentlich keine Zeitungsverlage mehr sind, sondern digitale Handelsfirmen, welche ihre hohen Gewinne mit digitalen Marktplätzen wie z. B. Stellenportale, Shops, Autoscout 24, Homegate, Ricardo und Tutti machen. Wenn all diese Aspekte mitberücksichtigt werden, dürfen wir der Medienförderung in der Form einer Stiftung eine Chance geben, denn unsere regionalen und lokalen Verlage können davon profitieren. Sie könnten finanziell auf jeden Fall profitieren. Wir sind auf einen mehrstimmigen lokalen und regionalen Journalismus angewiesen. Deshalb kann ich diesem Postulat zustimmen und finde die Stossrichtung eigentlich gut.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich muss gestehen, dass ich eigentlich diese Debatte heute nicht erwartet habe. Der Regierungsrat beantragt Annahme als Postulat. Die Motionärin hat gewandelt und ist einverstanden mit einem Postulat. Hätte ich gleich am Anfang das Wort erhalten, hätte ich Ihnen gesagt: «Beschiessen Sie das Postulat und schreiben Sie es gerade ab, weil der Regierungsrat vor wenigen Wochen den Entwurf zum Medienförderungsgesetz (MFG) an das Parlament überwiesen hat mit einem Artikel, der genau diese Möglichkeit vorsieht.» Diese Debatte, die wichtig ist, werden Sie also in Kürze bei der Revision des Informationsgesetzes (IG) führen. Dort ist ein Artikel enthalten – es steht zwar nichts von einer Stiftung –, der sagt, dass es zulässig oder möglich sein soll, dass der Kanton, der Staat, Geld an einen Intermediär gibt, und dass der Intermediär, der neutral ist, darum bemüht ist, dass das Problem gelöst wird, das uns alle beschäftigt.

Es ist ein grosses Problem, das mir persönlich und der Regierung am Herzen liegt. Es geht darum, dass unsere Bürgerinnen und Bürger über die Tatsachen, die politikrelevant sind – das kann z. B. die Auswirkung der Covid-19-Impfung sein – orientiert und informiert sind, und zwar auf eine gute Art, auf eine richtige Art. Ziel ist, dass nicht – wie Grossrat Hamdaoui und andere zu Recht erwähnt haben – irgendwelche Fake-Sachen, die nicht stimmen... – diese Gefahr, diese Herausforderung ist für unsere Gesellschaft riesig. Deshalb, Grossrat Krähenbühl, ist es vielleicht so, dass es eine Stiftung oder einen Intermediär braucht. Vielleicht nicht, um den Medien Geld zu geben, sondern vielleicht, um dafür zu sorgen, dass die Leute wieder erkennen, weshalb es wichtig ist, Medien zu konsumieren – etwa durch eine Ausbildung, eine Weiterbildung oder irgendein Anreizsystem. Damit – wie Samuel Krähenbühl zu Recht gesagt hat – die Zeitungen wieder gelesen werden. Sonst haben wir ein Problem in unserem Staat.

In diesem Sinne war ich eigentlich trotzdem froh um diese Debatte, weil ich finde, dass das ein wichtiges Thema ist. Aber in diesem Punkt hier, bei dem der Regierungsrat Annahme beantragt und diese Annahme eigentlich bereits überwiesen hat, es bei Ihnen jetzt auf dem Tisch liegt und Sie demnächst in den Kommissionen und im Parlament über diese Stiftung und dieses Thema debattieren können, sollten Sie diesen Vorstoss als Postulat überweisen. Es ist eigentlich schon fast zu spät jetzt für die Debatte.

Le président. La parole n'est plus demandée. Nous allons donc voter sur cette affaire du point numéro 65 de l'ordre du jour, une motion transformée en postulat : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.99: als Postulat / sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	94
Nein / Non	44
Enthalten / Abstentions	4

Le président. Vous avez accepté cette intervention sous la forme d'un postulat.